

Anfrage 2

Gremium	Termin	Status
Sozialausschuss	08.03.2018	öffentlich

Gemeinsame Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen und der Linksfraktion Ludwigshafen

Berücksichtigung von Härtefällen bei ausreisepflichtigen Asylbewerber/innen

Vorlage Nr.: 20185459

wir bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagungsordnung des Hauptausschusses am 12.3.2018 zu setzen und die Fragen schriftlich zu beantworten:

Berücksichtigung von Härtefällen bei ausreisepflichtigen Asylbewerber/innen

- Wie viele Personen wurden aus der Stadt Ludwigshafen abgeschoben - 2016 / 2017 / 2018 (bisher)?
- In wie vielen Fällen wurde in der Stadt Ludwigshafen eine Duldung zur Aufnahme einer staatlich anerkannten Ausbildung ausgesprochen; wie viele Anträge wurden abgelehnt - 2016 / 2017 / 2018 (bisher)?
- In wie vielen Fällen wurde in der Stadt Ludwigshafen eine Ermessensduldung ausgesprochen - 2016 / 2017 / 2018 (bisher)?
- Wie wird ggf. durch die Stadtverwaltung geprüft, ob dringende persönliche Gründe vorliegen, die eine Ermessensduldung begründen können, hier: Durchführung einer Operation oder Abschluss einer ärztlichen Behandlung, die im Herkunftsland nicht oder nicht im ausreichendem Maße gewährleistet ist bzw. die vorübergehende Betreuung eines schwer erkrankten Familienangehörigen?
- Hat die Mitteilung, dass die Härtefallkommission des Landes Rheinland-Pfalz sich mit einem Fall befasst bzw. die Befassung beantragt ist, eine Auswirkung auf die Vollstreckung der Ausreisepflicht (Abschiebung) durch die Stadt Ludwigshafen?
- Was ist die übliche Bearbeitungszeit eines Antrags auf Erlaubnis zur Aufnahme einer Berufsausbildung bzw. auf Ausbildungsduldung bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen?

Begründung:

Die Abschiebung von Aram und Armen H. durch die Stadt Ludwigshafen in der Nacht des 31.1. hat erhebliche Kritik hervorgerufen. Beide waren ausreisepflichtig, Vater Aram H. erwartete jedoch eine Operation und Sohn Armen H. hatte eine Ausbildung begonnen. Zudem hatten Aram und Armen H. die bereits hier lebende Ehefrau von Aram H. bei der Pflege der schwerstmehrfachbehinderten Tochter unterstützt; die Ehefrau ist selbst erkrankt. Die Befassung der Härtefallkommission mit dem Fall war angekündigt. Bei vielen Freunden und Bekannten der Familie und in der Öffentlichkeit herrscht völliges Unverständnis für die Handlungsweise der Verwaltung. Auch die Fraktionen Die Grünen im Rat und Die Linke setzen sich für einen humanitären Gebrauch des Ermessensspielraums ein, den die Stadtverwaltung bei der Vollstreckung der Ausreisepflicht hat, und würden eine Rücknahme der Wiedereinreisesperre in diesem Fall begrüßen.